

Betrifft: Empfang der Delegation der Bauarbeiter der Stalinallee am 15.6.1953 im Sekretariat des Ministerpräsidenten durch die Genossin Plaschke und den Genossen Ambrée

Die Delegation bestand aus dem BGL-Vorsitzenden, einem Brigadier und zwei Arbeitern des VEB-Industriebau, Baustelle Bettenhaus Friedrichshain. Sie überbrachten eine Resolution an den Ministerpräsidenten, in der zum Ausdruck kam, daß sie gegen die Normerhöhung sind und forderten vom Ministerpräsidenten eine Klärung bis zum 16.6.1953 mittags.

Mit den Kollegen wurde über zwei Fragen diskutiert:

1. über die grundsätzliche Frage der Notwendigkeit der Erhöhung der Arbeitsnormen;
2. über die Methode der Handhabung des Beschlusses des Ministerrates im VEB-Industriebau.

Die Diskussion dauerte ca. 1 1/2 Stunde. Über die erste Frage wurde mit den Kollegen Einverständnis erzielt. Sie erkannten, daß die Erarbeitung technisch-begründeter Arbeitsnormen für die Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit für die billigere Erzeugung von Waren Voraussetzung ist. Auf der anderen Seite betonten sie, daß die Erhöhung der Normen abhängig ist von einer guten Arbeitsorganisation und von den notwendigen technischen Vorbedingungen. Ihre Meinung war, daß die Durchführung des Beschlusses des Ministerrates in ihrem Falle zu Lasten der physischen Arbeitskraft der Arbeiter gehen müßte. Wir versuchten ihnen klar zu machen, daß das nicht Sinn und Zweck des Beschlusses ist, sondern daß die Fachministerien dafür Sorge zu tragen haben, daß die Verbesserung der Arbeitsorganisation und Schaffung technischer Hilfsmittel mit der Erhöhung der Normen Hand in Hand gehen müssen.

Zur zweiten Frage führten die Kollegen Klage darüber, daß der Beschluß des Ministerrates im Bereich des VEB-Industriebau schematisch und diktatorisch durchgeführt wurde. Es wurde der Brigadier beauftragt, auf der Grundlage der alten Normen für die einzelnen Kollegen abzurechnen, während die TAN-Bearbeiter und die Lohnbuchhaltung danach obligatorisch 10% abzogen. Das alles führte zur Unzufriedenheit unter den Kollegen.

Die BGL und der FDGB-Kreisleitung Friedrichshain unterstützten diese schematische Handhabung. Beide beriefen sich darauf, daß es ein Beschluß der Regierung ist und lehnten die Verantwortung, nachdem die Kollegen ihre Unzufriedenheit gegenüber der Gewerkschaft zum Ausdruck gebracht hatten, ab. Wir stellten die Frage, ob von seiten der Werksleitung und der BGL in Zusammenarbeit mit den Arbeitern Beispiele für die Schaffung technisch-begründeter Arbeitsnormen geschaffen worden sind. Das wurde verneint. Wir brachten den Kollegen gegenüber zum Ausdruck, daß wir mit ihnen einer Meinung sind, wenn sie gegen solche Methoden ihre Mißbilligung zum Ausdruck bringen. Wir versprachen ihnen, die Angelegenheit bis zum nächsten Morgen mit den dazu zuständigen Stellen klären zu lassen.

Die Kollegen sagten uns, daß mit ihnen über diese Frage noch nie so eingehend diskutiert wurde. Wenn das geschehen wäre, so erklärten sie, wäre es ihrer Meinung nach nicht zu der Arbeitsniederlegung gekommen.

Vom Inhalt der Unterredung unterrichteten wir die Genossen Eisermann und Tzschorn. Genosse Tzschorn setzte sich daraufhin mit dem Genossen Hafrang in Verbindung und beauftragte uns, den Genossen Bruno Baum von der Bezirksleitung Abteilung Wirtschaft- zu

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

informieren. In unserer Aussprache mit dem Genossen Baum ergab sich, daß in der Bezirksleitung das Problem bekannt war und die Partei versuchte, durch Einsatz von Agitatoren auf den Baustellen die Situation zu meistern. In der Diskussion kamen wir auch auf die diktatorische Durchführung des Beschlusses zu sprechen und knüpften dabei an den am Sonntag, dem 14.6.1953 erschienenen Artikel im Neuen Deutschland „Legt den Holzhammer beiseite“, an. Wir machten dabei die Beobachtung, daß der Genosse Baum für den Inhalt des Artikels nicht zugänglich war, was sich unseres Erachtens dadurch erklärt, daß er selbst in diesem Artikel kritisiert wurde. Aus der Unterredung mit dem Genossen Baum kamen wir zu der Schlußfolgerung, daß er die Situation unterschätzte. Er stellte es nur als eine Arbeit des Gegners dar, ohne zu erkennen, daß das Nichtanhören der berechtigten Forderungen der Arbeiter dem Gegner größere Möglichkeiten für seine Tätigkeit gab.

Vom Inhalt dieser Unterredung wurde von uns der Genosse Tzschorn informiert. Wir brachten dem Genossen Tzschorn gegenüber zum Ausdruck, daß die Bezirksleitung nicht in der Lage ist, das Problem zu meistern, und der Genosse Baum versuchte, uns die Erledigung dieser Angelegenheit zuzuschieben.

Wir baten den Genossen Tzschorn, den Genossen Ministerpräsidenten von diesen Fragen zu unterrichten. Genosse Tzschorn war der Meinung, daß es sich in erster Linie um eine Aufgabe des Magistrats von Groß-Berlin handelt. Er setzte sich aber trotzdem mit dem Genossen Hafrang in Verbindung und beauftragte diesen, durch Instrukteure auf den Baustellen am Dienstag Vormittag eine befriedigende Klärung der Vorgänge herbeizuführen.

Berlin, den 25.6.1953

Ambrée

Plaschke

[Quelle: SAPMO-BArch, NY 4090/437, Bl. 3-5.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---